

Antrag I

Antrag an die 2. Tagung des 5. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen am 5. 11. 2016 in Eisenberg

EinreicherInnen: Margit Jung, Torsten Wolf, Frank Kuschel, Ralph Lenkert, Jens Thomas, Matthias Bärwolff, Andreas Schubert, Dr. Steffen Kachel

Den größeren Schritt wagen: Kindergärten als frühkindliche Bildungseinrichtungen transparent und staatlich finanzieren, Beitragsfreiheit für Eltern ermöglichen

Die Thüringer LINKE sieht es als ein wichtiges politisches Ziel an, zu erreichen, dass das System der Thüringer Kindertagesstätten als grundlegender und unverzichtbarer Teil des staatlichen Bildungssystems künftig staatlich ausfinanziert wird. Deshalb kann das beitragsfreie KITA- Jahr entsprechend des Koalitionsvertrages nur als Einstieg in die komplette Beitragsfreiheit für den Besuch von Kindertagesstätten in Thüringen betrachtet werden.

Deshalb bittet der Landesparteitag die Landesregierung zu prüfen und ggf. umzusetzen:

1. Alle Finanzmittel des Bundes (BT-Drs.18/6185),(BT-Drs.16/9299) umgehend und vollständig dem Kitasystem in Thüringen zuzuordnen.
2. Die Thüringer LINKE spricht sich für eine grundlegende Systemänderung des Partnerschaftsmodells der Finanzierung der Kindertagesstätten aus und bittet die Mitglieder der Landesregierung im Rahmen der Ausgestaltung des beitragsfreien Kitajahres zu prüfen:
 - a) Ob die vollständige Finanzierung der Personalkosten durch das Land und die Übernahme der Sachkosten und Investitionskosten durch die Kommune dieser Zielstellung gerecht wird und damit die Elternbeiträge einschließlich der dafür notwendigen Verwaltungskosten bei Einkommensprüfung, Gebührenübernahmen und beitragsfreies KITA-Jahr entfallen können
 - b) Welche Auswirkungen diese Systemänderung auf die Ausgestaltung des KFA und des nächsten Doppelhaushaltes hätten

Begründung:

Das System der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Thüringen und in Deutschland ist derzeit von zunehmend größer werdenden, inhaltlich nicht begründbaren Unterschieden in der Höhe der Elternbeiträge und der jeweiligen kommunalen Aufwendungen gekennzeichnet, obwohl überall die gleichen Qualitätsanforderungen umzusetzen sind. Gleichzeitig nimmt eine seit Jahren laufende Debatte Fahrt auf, die die generelle Beitragsfreiheit der Eltern anstrebt, und in der alle drei derzeitigen Thüringer Koalitionsparteien Beiträge geliefert haben.

Diese hat in der letzten Zeit auf kommunaler Ebene als auch auf Länderebene erste konkrete Umsetzungen gefunden. Die Forderungen der UN-Kinderechtskonvention, sowie die Erkenntnisse und Debatten zur Kinderarmut zeigen, dass der kostenfreie Zugang zum Kindergarten, inklusive gesunder Mahlzeiten, ein Schlüssel zur Armutsbekämpfung bei Kindern ist.

Eine weitere Ausdifferenzierung und Auseinanderentwicklung der Kindergartenlandschaft in Thüringen soll im Interesse gleich guter Bildungschancen für alle Kinder nicht zugelassen werden.

Dafür bedarf es einer Neuordnung des verwirrenden und nicht mehr nachvollziehbaren Systems der Finanzierung . Darüber hinaus darf es nicht zu einem nicht zu vertretenden Verwaltungsaufwand für das kostenfreie KITA-Jahr für die Kommunen kommen.